

## Antrag

der Fraktion der CDU

### ADHS – Hohen Medikamenteneinsatz in Rheinland-Pfalz überprüfen

In den vergangenen Jahren ist die Diagnose Aufmerksamkeitsdefizit-/Hyperaktivitätssyndrom (ADHS) in Deutschland angestiegen. Besonders betroffen von ADHS sind Jungen zwischen neun und elf Jahren. In diesem Lebensalter wird mittlerweile bei elf bis zwölf Prozent der Kinder ADHS festgestellt. Mädchen dieser Altersgruppe sind zu vier Prozent von ADHS betroffen. In dieser Altersgruppe nehmen 4,2 Prozent Medikamente mit dem Wirkstoff Methylphenidat, ein Amphetamin-Derivat, das dem Betäubungsmittelbestimmungen unterliegt.

Der Arztreport der Barmer GEK 2013 stellt fest, dass die ADHS-Diagnose in Rheinland-Pfalz bundesweit am höchsten liegt. Das gilt auch für die Verschreibung des Wirkstoffs Methylphenidat. Die bundesweite Verbreitung von ADHS ist beunruhigend, die Spitzenposition von Rheinland-Pfalz zumindest irritierend. Die Daten dürfen nicht abgetan werden, sondern müssen sowohl statistisch als auch gesundheits- bzw. familienpolitisch auf ihre Ursachen hin überprüft werden.

In der Fachwelt werden die Ursachen von ADHS angeregt diskutiert. Unbestritten ist jedoch der Facettenreichtum der Ursachen. Wichtige Begründungsmuster sind dabei neben körperlichen Anlagen insbesondere umweltbedingte Einflüsse, denen Jungen schlechter gewachsen sind. Eingeschränkte Möglichkeiten des Aggressionsabbaus, Medienkonsum, geringer werdende Möglichkeiten der freien, unverzweckten körperlichen Bewegung oder auch instabiler werdende Familienstrukturen werden als externe Einflussfaktoren benannt.

Insofern kann man das Thema nicht auf den gesundheitspolitischen Aspekt verengen, sondern muss auch jugend- und familienpolitische Weichenstellungen in den Blick nehmen. Es müssen Antworten auf die Fragen gefunden werden, welchen Anteil die externen Einflussfaktoren haben, welche Möglichkeiten der besseren Prävention in Familien, Kindertagesstätten und Grundschulen sinnvoll sind. Hier muss der Alltag der Kindertagesstätten als auch Grundschulen insbesondere im Ganztagsbetrieb besonders untersucht werden. Aber auch die Eltern müssen ihr Familienleben auf einengende Alltagsstrukturen hin überprüfen. Hierfür bedarf es notwendiger Hilfestellungen und niederschwelliger Beratungsangebote. Denn es ist kein gutes Zeugnis für unser Land, wenn das Verhalten eines derart hohen Anteils von Jungen zur Diagnose erklärt wird und sie in diesem Alter mit schwerwiegenden Wirkstoffen behandelt werden.

Deshalb fordert der Landtag die Landesregierung auf,

- die gesellschaftlichen Ursachen der Erkrankung ADHS im Rahmen einer wissenschaftlichen Studie sowie eines Symposiums auszuloten;
- auf der Basis dieser Erkenntnisse mit den Trägern der Familienbildung, den Trägern der Kindertagesstätten, Experten der Kinderheilkunde, der Sozialpädagogischen Zentren und Vertretern der Landtagsfraktionen Möglichkeiten der Prävention zu erarbeiten;

- bei zukünftigen bildungs- und familienpolitischen Maßnahmen die Auswirkungen auf das kindliche Verhalten angemessen zu berücksichtigen;
- zu beobachten, inwieweit die eingeschlagenen Maßnahmen zu einer Reduzierung der medikamentösen Behandlung führen können;
- dem Landtag in zwei Jahren erneut zu berichten.

Für die Fraktion:  
Hans-Josef Bracht